

I1 Integration fördern – Diskriminierung beenden – Radikalisierung vorbeugen

Gremium: LAG Integration, Flucht, Migration

Beschlussdatum: 23.09.2024

Tagesordnungspunkt: Fortsetzung TOP 7 Anträge

1. Integrationsmaßnahmen ausbauen – Kommunen entlasten

2. Radikalisierungsbekämpfung: Ermittlungsbehörden sinnvoll stärken statt dauerhafte Grenzkontrollen

Die Migrationsdebatte ist seit dem Attentat von Solingen einmal mehr aus den Fugen geraten. Die Ampel-Regierung versucht, den immer neuen Forderungen der CDU/CSU-Opposition mit schrittweisen Verschärfungen zu begegnen. Diese Strategie geht nicht auf: die in Teilen rechtsextreme AfD wird trotzdem stärker und CDU/CSU reagieren auf jedes Entgegenkommen mit immer weitergehenden Forderungen, die auf die völlige Erosion des europäischen Flüchtlingsrechts abzielen.

Um zu einer sachlichen Debatte zurückzukommen, muss zuallererst wieder anerkannt werden: Die allermeisten Menschen, die in Deutschland und anderen europäischen Staaten um Asyl bitten, sind keine Kriminellen – sie sind selbst vor Terror und Krieg geflohen und erhoffen sich ein selbstbestimmtes, friedliches Leben in Freiheit und Sicherheit. Der in der öffentlichen Diskussion stattfindenden, offenen oder versteckten Diskriminierung von Geflüchteten und deren pauschale Gleichsetzung mit Kriminalität und Terrorismus muss entschieden entgegengetreten werden.

Es muss jetzt darum gehen, der Bevölkerung die durch den politischen und medialen Diskurs mit viel Populismus angefachten Ängste zu nehmen, wieder Vertrauen in unsere politische Handlungsfähigkeit aufzubauen und damit wichtige, historische Errungenschaften wie das internationale Asylrecht und den Schengenraum, aber auch den sozialen Zusammenhalt in unserer vielfältigen Gesellschaft zu schützen.

Vernunftbasierte Politik statt kopfloser Populismus! Für eine effektive, menschenwürdige und rechtssichere Asyl- und Integrationspolitik – und eine zielgerichtete Prävention von Radikalisierung zum Schutz aller hier lebenden Menschen.

28 **1. Integrationsmaßnahmen ausbauen – Kommunen entlasten**

29 Finanzielle und personelle Investitionen in zielführende Integrationsmaßnahmen
30 senken mittelfristig die staatlichen Kosten. Eine effektive, gerechte,
31 menschliche und ganzheitliche Integrationspolitik ist die beste Prävention von
32 Radikalisierung und Kriminalität und trägt zudem zum Wohlstand sowie zum
33 sozialen Frieden unserer Gesellschaft bei.

34 - *Integration als Kommunale Pflichtaufgabe*

35 Integration von Migrant*innen muss per Gesetz als Pflichtaufgabe der Kommunen
36 definiert werden – statt als sogenannte ‚freiwillige Aufgabe‘. Dann haben die
37 Kommunen Anspruch auf eine angemessene und dauerhafte finanzielle Ausstattung
38 aus Steuermitteln und können kommunale Integrationskonzepte erstellen, die
39 angepasst auf ihre Situation vor Ort wirken. Dies ist die Basis für alle
40 Einzelmaßnahmen.

41 - *Betreuungsschlüssel erhöhen*

42 Die Anzahl der hauptamtlichen Integrationsberater*innen muss bedarfsgerecht
43 erhöht werden, um die Ehrenamtlichen von Routineaufgaben wie dem Ausfüllen von
44 Formularen zu entlasten. Schon länger in Deutschland lebende Geflüchtete mit
45 guten Sprachkenntnissen könnten offiziell und gegen Bezahlung ebenfalls deutlich
46 zur Entlastung und Vermittlung beitragen. Mit der dadurch gewonnen Zeit und
47 Energie können sich Ehrenamtliche auf soziale und interaktive
48 Integrationsmaßnahmen konzentrieren, zwischenmenschliche Beziehungen und
49 Vertrauensverhältnisse aufbauen. Mit einem erhöhten hauptamtlichen
50 Betreuungsschlüssel können Menschen in psychischen Ausnahmesituationen, aber
51 auch mit Radikalisierungstendenzen schneller erkannt werden und es können
52 effektive präventive Maßnahmen zur Stärkung der inneren Sicherheit eingeleitet
53 werden.

54 - *Ghettobildungen vermeiden – Wohnraum schaffen*

55 Der Ghettobildung durch lange Verweildauer in den Gemeinschaftsunterkünften muss
56 durch einen Aktionsplan ‚kostengünstige Wohnungen für Geflüchtete mit Einfach-
57 Standard‘ entgegengetreten werden. Dafür gibt es Beispiele, z.B. in München. Das
58 Baurecht muss entsprechend angepasst werden.

59 - *Bayern: Gleichmäßige Verteilung von Geflüchteten*

60 Immer wieder kommt es vor, dass kleine Kommunen mit übergroßen
61 Gemeinschaftsunterkünften konfrontiert werden. Die konsequente Anwendung des
62 ‚Königsteiner Schlüssels‘ bei der Verteilung der Geflüchteten auf die Kommunen

63 (nicht nur Länder und Landkreise) kann hier einer Überforderung einzelner Orte
64 entgegenwirken.

65 - *Schnelle Integration in den Arbeitsmarkt*

66 Die noch verbliebenen Hürden für die schnellstmögliche Integration in den
67 Arbeitsmarkt müssen schnellstmöglich beseitigt werden. Zudem sollten
68 Arbeitgeber*innen selbst entscheiden können, welches Sprachniveau für
69 individuell benötigte Tätigkeiten erforderlich ist. In Unternehmen angebotene,
70 begleitende Integrations- und Sprachkurse sollten durch ein staatliches
71 Förderprogramm unterstützt werden

72 - *Kinderbetreuung und Bildung für alle*

73 Schulen und KiTas müssen personell so ausgestattet werden, dass sie die
74 Integrationsaufgaben mit den zugewanderten Kindern auch wirklich leisten können.
75 Für viele anfallende Tätigkeiten (Essen zubereiten, Vorlesen, sportliche und
76 kreative Aktivitäten) braucht es nicht zwingend pädagogisches Personal – hier
77 können Quereinsteiger*innen zur unmittelbaren Entlastung für Lehrer*innen und
78 Erzieher*innen vor Ort beitragen.

79 - *Für Geflüchtete & Kommunen: Bayerische Variante der Bezahlkarte abschaffen*

80 Die Bezahlkarte in Bayern mit der Möglichkeit, höchstens 50 Euro Bargeld pro
81 Monat zur Verfügung zu haben, kostet die Steuerzahler*innen unverhältnismäßig
82 viel, belastet zusätzlich das ohnehin schon oft am Limit arbeitende
83 Verwaltungspersonal und behindert die gesellschaftliche Teilhabe und Integration
84 von Asylbewerber*innen und Geflüchteten, indem sie deren Handlungsspielräume
85 unnötig einschränkt und ist zudem laut Datenschutzaufsichtsbehörde der Länder
86 unrechtmäßig (siehe Beschluss vom 19.08.2024.) Für jede „außergewöhnliche“
87 Ausgabe (Vereinsbeitrag, Anwaltskosten, ein gebrauchtes Fahrrad, ...) muss bei den
88 Verwaltungsmitarbeiter*innen persönlich vorgesprochen werden. Als sinnvoll
89 erachten wir eine „Umwidmung“ der bayerischen Bezahlkarte in eine so genannte
90 „SocialCard“ nach dem Modell in Hannover, die bewusst auf eine
91 Bargeldbeschränkung verzichtet.

92 - *EU-Ebene: Gelingende Integration durch faire Verteilung fördern*

93 Wir Grüne hatten und haben mit diesem Kompromiss große Bauchschmerzen, aber wir
94 tragen ihn mit: Dem im April dieses Jahres verabschiedeten ‚Gemeinsamen
95 europäischen Asylsystem‘ (GEAS) haben alle EU-Länder und das Europaparlament
96 zugestimmt. Es löst das gescheiterte Dublin-System ab und schafft ein
97 verbindliches Solidaritäts- und Verteilsystem (entweder Aufnahme Geflüchteter
98 oder finanzielle und personelle Leistungen), bei dem die Verteilung an den

99 Außengrenzen stattfindet – und die innereuropäischen Grenzen offenbleiben.
100 Angesichts des sich immer weiter auf nationale Abschottung setzenden Kurses
101 sollte die Beschlusslage unter Einhaltung internationaler Menschenrechte und
102 strenger Beobachtung durch internationale Organisationen zuerst umgesetzt
103 werden, so dass die Menschen mit Recht auf Asyl schnell im sie aufnehmenden Land
104 Fuß fassen können.

105 **2. Radikalisierungsbekämpfung: Ermittlungsbehörden sinnvoll stärken statt** 106 **dauerhafte Grenzkontrollen**

107 Terrorismus jeglicher Art ist eine Bedrohung der freiheitlichen Welt, der nur in
108 internationaler Zusammenarbeit die Stirn geboten werden kann. Auf die sich
109 schnell ändernden Gegebenheiten abgestimmte, moderne, kooperative
110 Ermittlungsverfahren sind dafür unabdingbar – und zielführender als nationale
111 Alleingänge. Nationale Präventivmaßnahmen müssen parallel dazu durchgeführt
112 werden.

113 *- Effektive europäische Zusammenarbeit*

114 Die Maßnahme, einseitig die Grenzen Deutschlands zu schließen und Geflüchtete
115 bereits an der Grenze „zurückzuschieben“, widerspricht der Genfer
116 Flüchtlingskonvention, gefährdet das Schengen-Abkommen – und wird weder dazu
117 führen, mutmaßliche Terroristen zu erkennen noch Geflüchtete davon abhalten,
118 sich auf den Weg zu machen. Dieses Vorhaben wird aber eine Kette von
119 Gegenreaktionen der anderen EU-Ländern auslösen, an deren Ende geschlossene
120 Grenzen in ganz Europa stehen. Das wäre eine große Gefahr für das europäische
121 Gleichgewicht und würde unzähligen europäischen Bürger*innen Alltag und
122 Arbeitsleben erschweren sowie ihr Grundrecht auf Reisefreiheit einschränken.
123 Außerdem wird die ohnehin schon oft unterbesetzte Bundespolizei durch
124 ausgeweitete Grenzkontrollen zusätzlich belastet und möglicherweise von
125 effektiveren Einsatzbereichen zur Terrorbekämpfung an Bahnhöfen, Flughäfen und
126 in Fußballstadien abgehalten.

127 Zusammengefasst: Die von Bundesinnenministerin Nancy Faeser angeordneten,
128 dauerhaften Grenzkontrollen sind unverhältnismäßig, rechtlich in einer Grauzone,
129 binden Polizeibeamte, die anderweitig benötigt werden, behindern Bürger*innen
130 sowie die Arbeitsalltag von unzähligen, am innereuropäischen Warenverkehr
131 beteiligten Arbeitnehmer*innen und bringen eine der bedeutendsten
132 Errungenschaften der Nachkriegszeit – den Schengenraum – in Gefahr.

133 Stattdessen sollten die europäischen Geheimdienste sowie Polizei- und
134 Strafverfolgungsbehörden noch intensiver zusammenarbeiten und
135 sicherheitsrelevante Erkenntnisse über so genannte Gefährder*innen unkompliziert
136 austauschen können.

137 - *Polizei und Ermittlungsbehörden für Internetkriminalität zeitgerecht*
138 *ausstatten*

139 Wer schon einmal mit Hassverbrechen im Internet konfrontiert war, weiß, wie
140 überlastet und überfordert die Strafverfolgungsbehörden sind. Kaum ein Täter
141 wird gefasst. Hier braucht es endlich eine angemessene Ausstattung der
142 Strafverfolgungsbehörden, damit Straftäter sich durch Straflosigkeit nicht
143 länger in ihren Taten bestärkt fühlen, Hass schüren und Menschen mit
144 extremistischer Ideologie verführen können. Hasskriminalität, Desinformation und
145 Radikalisierung im Netz müssen stärker bekämpft werden.

146 Allerdings gilt es im parlamentarischen Verfahren dafür zu sorgen, dass hier
147 keine Regeln geschaffen werden, die willkürliches Behördenhandeln fördern oder
148 rechtliche Unklarheiten verschärfen. Law-and-Order-Schnellschüssen sollten klare
149 Absagen erteilt werden.

150 - *Keine Abschiebendeals mit Gewaltherrschern*

151 Auch wenn Abschiebungen von Straftätern ggf. von der Genfer
152 Flüchtlingskonvention gedeckt wären: Abschiebendeals mit Terrororganisationen wie
153 den Taliban in Afghanistan oder dem Assad-Regime in Syrien stehen im krassen
154 Widerspruch zu unseren nationalen Interessen. Mit uns wird es auch künftig keine
155 Verhandlungen mit Terroristen geben und mit uns sollen keine Steuergelder an
156 Terroristen fließen, die zur Radikalisierung weiterer Menschen genutzt werden
157 können. Im Sinne des Opferschutzes sollen schwere Straftaten nach nationalem
158 Recht mit aller Härte bestraft werden.

159 - *Islamistische Prediger und Vereine schneller verbieten*

160 Das Verbot des Islamischen Zentrums Hamburg (IZH), das vermutlich direkte
161 Weisungen der iranischen Regierung umgesetzt hat, war richtig – kommt aber 30
162 Jahre, nachdem der Verfassungsschutz erstmals vor islamistischen Tendenzen
163 gewarnt hat, deutlich zu spät. Wenn es Informationen und Beweise für
164 demokratiefeindliche und antisemitische Bestrebungen gibt, müssen die Behörden
165 schneller und effektiver mit Verboten und der Sperrung von Onlineauftritten
166 handeln dürfen – auch und insbesondere zum Schutz der Millionen die Demokratie
167 wertschätzenden Musliminnen und Muslime, die Teil unserer vielfältigen
168 Gesellschaft sind.

169 - *Ausweitung des Islamunterrichts an Schulen*

170 Die Einführung des Islamunterrichts als Wahlpflichtfach in Bayern war ein
171 wichtiger erster Schritt, um muslimische Schüler*innen und ihre Eltern in ihrer
172 religiösen Identität ernst zu nehmen und ein elementares Gefühl der

173 Zugehörigkeit zu geben. Durch die Möglichkeit, die verschiedenen Ausprägungen
174 des Islam ohne Einwirkung eines ausländischen Staates oder Vereins
175 kennenzulernen, kann der einseitigen Fixierung auf radikale Auslegungen effektiv
176 vorgebeugt werden. Der Bedarf an Lehrpersonal für Islamunterricht ist aber bei
177 weitem nicht gedeckt, für die Oberstufe wird bisher gar kein entsprechender
178 Unterricht angeboten und eine echte Gleichberechtigung ist durch ein
179 „Wahlpflichtfach“ nicht gegeben. Wir setzen uns für einen islamischen
180 Religionsunterricht ein, der auf Augenhöhe mit dem bisher in Bayern etablierten,
181 konfessionsgebundenen Religionsunterricht steht und flächendeckend mit
182 ausreichend Personal gedeckt ist, das sich zu unserer demokratischen
183 Grundordnung bekennt.

Unterstützer*innen

Ulrike Schweiger (KV Berchtesgadener Land), Lendita Musliji (KV München), Dardan Kolic (KV München), Raluca Behrens (KV Dachau), Kristin Martl-Hassan (KV Mühldorf), Kerstin Daser (KV Mühldorf), Stefan Haas (KV Dachau), Stephan Fritsch (KV Erlangen-Stadt), Christian Wiedemann (KV München), Johannes Rückerl (KV Regensburg-Stadt), Matthias Kraft (KV Mühldorf), Hilke Ganzert (KV München), Patrizia Siontas (KV Erlangen-Land), Felix Gerstner (KV Neustadt/Aisch-Bad Windsheim), Karolina Novinscak Kölker (KV München), Andreas Krahl (KV Garmisch-Partenkirchen), Martin Cremer (KV Dachau), Verena Machnik (KV Starnberg), Tanja Josche (KV Roth), Alexander Rohde (KV Freyung-Grafenau), Simone Duling (KV Dachau), Flora Weichmann (KV Starnberg), Philipp Jonsson (KV Fürstenfeldbruck), Jonas Werner (KV Erlangen-Stadt), Sandra Smolka (KV Freising), Peter Hartmann (KV Bad Kissingen), Katharina Bach (KV Ansbach), Karin Scherer (KV Erlangen-Land), Kay Paulick (KV Rosenheim), Timm Schulze (KV Bamberg-Stadt)